

## INHALT

1. Auswirkungen des Zukunftsinvestitionsgesetzes auf Schleswig-Holstein
2. Ausfall der Lautsprecheranlage sorgt für späten Sitzungsbeginn
3. Elbvertiefung und NOK-Ausbau gehören zusammen
4. Überraschender Vorschlag von Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug sorgt für Missstimmung
5. Hervorragendes Ausschreibungsergebnis beim Bahnnetz Mitte
6. Fischschutz am Pumpspeicherkraftwerk Geesthacht
7. Weitere Bildungsthemen im Landtag

26.01.2012

**Auswirkungen des Zukunftsinvestitionsgesetzes auf Schleswig-Holstein**  
**Gemeinschaftlichen Anstrengung hat für Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise gesorgt**



Fraktionsvorsitzender Johannes Callsen, MdL

Auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP im Schleswig-Holsteinischen Landtag berichtete Finanzminister Rainer Wiegard (CDU) heute (26. Januar 2012) über die Auswirkungen des Zukunftsinvestitionsgesetzes auf Schleswig-Holstein.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen betonte, im Jahr 2009 habe das deutsche Bruttoinlandsprodukt einen Rückgang von fünf Prozent ausgewiesen. In einem gemeinschaftlichen Kraftakt hätten Bund, Länder und Gemeinden dafür gesorgt, die Auswirkungen dieses beispiellosen Konjunkturreinbruchs abzufedern. Das

Investitionsprogramm der Jahre 2009 bis 2011 habe die richtigen Schwerpunkte gesetzt, um Deutschland und Schleswig-Holstein fit für die Zukunft zu machen. Bund und Land hätten in diesen Jahren gemeinsam zusätzlich rund 375 Mio. Euro für Investitionsprojekte bereitgestellt.

„Unsere Kommunen haben weitere 125 Millionen Euro beigesteuert. Mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm konnten 1.300 Maßnahmen in Angriff genommen werden. Durch 800 Projekte in Kindertagesstätten, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen wurden die Grundlagen geschaffen, um Kinder und Jugendliche noch besser auf Ausbildung und Studium vorzubereiten und die Bedingungen für lebenslanges Lernen zu optimieren.“ so Callsen.

So werde dieses Investitionsprogramm auch in vielen Jahren noch zusätzliches Wachstum generieren.

Des Weiteren sei in den Ausbau des Wegenetzes investiert und Krankenhäuser modernisiert worden. Auch die Investitionen in die Hochschul- und Forschungsinfrastruktur hätten gesteigert werden können.

Vielmehr sei es gelungen, einen Investitionsstau aufzulösen, der zum Teil seit Jahrzehnten Bestand hatte. „Wer Investitionen steigert, schafft Werte für nachfolgende Generationen. Auch unter diesem Gesichtspunkt muss man das Programm betrachten“, so der Fraktionschef. Der Schwerpunkt der Ausgestaltung des Förderprogramms sei ganz bewusst in die Kommunen gelegt worden.

Das Investitionsprogramm sei auch zur regionalen Wirtschaftsförderung genutzt worden. Regionen, die noch einen Aufholbedarf haben, hätten eine überdurchschnittliche Unterstützung erfahren.

„Und es war und ist eine auf den Mittelstand gerichtete Wirtschaftspolitik der CDU- geführten Landesregierung, die mit guten Rahmenbedingungen ihren Beitrag zur Überwindung der Krise geleistet hat. Kurzum: Die Überwindung der Finanzkrise ist eine große Gemeinschaftsleistung von Menschen, Betrieben und Politik, die große Anerkennung verdient“, so Callsen abschließend.

---

### **Ausfall der Lautsprecheranlage sorgt für späten Sitzungsbeginn** **Erster Tagesordnungspunkt konnte erst um 15 Uhr aufgerufen werden**

Die Debatte über den ersten Tagesordnungspunkt der Januarsitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags begann am gestrigen Mittwoch mit deutlicher Verspätung. Kurz nach der Eröffnung der Sitzung fiel die Mikrofonanlage aus.

Eine schnelle Reparatur der Anlage war nicht realisierbar. Erst um 15 Uhr konnte die eigentliche Sitzung beginnen.

Bis dahin konnte Landtagspräsident Torsten Geerds nur den Grünen-Abgeordneten Dr. Jörg Nickel vereidigen, der für Torsten Fürter nachrückte.

## **Elbvertiefung und NOK-Ausbau gehören zusammen** **Fahrrinnenanpassung der Elbe muss kommen**

Auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP im Schleswig-Holsteinischen Landtag berichtete Verkehrsminister Jost de Jager (CDU) heute (26. Januar 2012) über die Einschätzung der Landesregierung zur geplanten Elbvertiefung.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Hans-Jörn Arp stellte im Landtag klar: „Die Elbvertiefung ist alternativlos! Der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals ist alternativlos. Das ist die Realität.“

Zur Ablehnung der Elbvertiefung durch die Grünen erklärte Arp: „Der Antrag der Grünen ist realitätsfern. Die Elbvertiefung abzulehnen und gleichzeitig eine Initiative zur gemeinsamen Hafenstrategie fordern, ist Unsinn. Das eine ohne das andere macht keinen Sinn!“

Der Hamburger Hafen könne langfristig nur dann wettbewerbsfähig bleiben, wenn er weiterhin der Freihafen für die Feederverkehre in den Ostseeraum sein könne. „Dies geht nur mit einem Dreiklang aus Elbvertiefung, Schleusenneubau und Kanalausbau“, stellte Arp klar.

Wenn die Abgeordnete der Grünen Marlies Fritzen im Landtag erkläre: "Das Tor zur Welt sei schon heute ein Nadelöhr“, dann habe sie Recht, betonte der Verkehrsexperte. Wenn Sie daraus den Schluss ziehe, dass die Elbvertiefung für die Grünen nicht in Frage komme, dann sei dies reine grüne Verhinderungspolitik. „Und die gilt es zu verhindern“, unterstrich Arp.

Die Pressemitteilung von Hans-Jörn Arp finden Sie unter:  
<http://www.ltsh.de/pressticker/2012-01/26/11-13-24-4478/>



Hans-Jörn Arp, MdB

---

## **Überraschender Vorschlag von Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug sorgt für Misstimmung** **Bildungsminister fordert unabgestimmt 453 zusätzliche Stellen**

Die ersten beiden Sitzungstage wurden durch ein offensichtlich in der Sitzungsunterbrechung am Mittwoch von Bildungsminister Klug an die Presse gegebenes Konzept überlagert, mit dem dieser 453 zusätzliche Lehrerstellen – Kosten: 23 Millionen jährlich – forderte. Bei der CDU-Fraktion ging dieses Konzept ohne weitere Ankündigung erst um 15:30 Uhr per e-mail ein. „Angesichts eines Finanzvolumens von 23 Millionen Euro hätte ich mir bei einem so wichtigen und sensiblen Thema eine zielorientiertere Vorgehensweise gewünscht“, erklärte Fraktionschef Johannes Callsen in einer ersten Stellungnahme.

Noch in seinem Bericht zur Unterrichtssituation im Oktober letzten Jahres hatte Klug im Parlament dargelegt, dass sich angesichts 1000 zusätzlicher Lehrerstellen in den Jahren 2005-2011 bei gleichzeitigem deutlichem Rückgang der Schülerzahlen die Lehrer-/Schülerrelation die Unterrichtssituation deutlich verbessert hatte.

Auf ihrem Parteitag im November hatte die FDP dann völlig überraschend ohne weitere Begründung 300 zusätzliche Lehrerstellen gefordert. Im Koalitionsausschuss vom Dezember war vereinbart worden, dass Klug eine inhaltliche Begründung seiner Forderung vorlegen sollte. Genau dieser Aspekt fehlt in Klugs Konzept auch heute. „Jeder wird vor diesem Hintergrund meine Überraschung verstehen, dass Bildungsminister Dr. Klug 453 Stellen fordert. Diese Entwicklung erweckt insgesamt nicht den Eindruck, dass klare Zielvorstellungen Grundlage seiner Forderung sind“, betonte Callsen.

Die Opposition versuchte natürlich, aus der Situation Kapital zu schlagen. Sie reichte am Mittag für den morgigen Tagesordnungspunkt „Defizite bei der Bildungsqualität abbauen“ einen Antrag ein, mit dem die Umsetzung des Klug-Konzeptes gefordert wird. Spätestens morgen wird also die FDP-Fraktion erklären müssen, ob sie sich Klugs Konzept zu Eigen macht. Dies war aus ersten Stellungnahmen von FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki und Parteichef Dr. Heiner Garg nicht zu erkennen.

CDU-Fraktionschef Callsen machte deutlich, dass es mit seiner Fraktion keinen Nachtragshaushalt geben werde.

Den Bericht zur Unterrichtssituation finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1842.pdf>

---

### **Hervorragendes Ausschreibungsergebnis beim Bahnnetz Mitte Bei besserer Qualität spart das Land mehr als 20 Millionen Euro im Jahr**

Mehrere Zeitungen berichten übereinstimmend über eine Einsparung von über 20 Millionen Euro im Jahr. Gleichzeitig wird die Taktung zwischen Kiel und Hamburg auf eine halbe Stunde, und zwischen Flensburg und Hamburg auf eine Stunde verkürzt.

Mit über 4,6 Millionen Zugkilometern, sowie zusätzlichen Bahnhaltepunkten und neuen barrierefreien Zügen seien auf den schleswig-holsteinischen Kernstrecken für die kommenden 13 Jahre durch das Ausschreibungsverfahren offenkundig deutliche Verbesserungen erzielt worden.

„Gerade für Pendler sind die übervollen Züge bislang häufig ein Hindernis für die Nutzung des Zugverkehrs. Die Berichte über das Ergebnis der Ausschreibung zeigen, dass unser Weg der konsequenten Haushaltssanierung bei gleichzeitiger Verbesserung der Infrastruktur gangbar ist“, kommentierte CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp die Medienberichte.

Die CDU-Fraktion stehe für eine Politik, die Verkehre unterschiedlicher Verkehrsträger optimal miteinander verknüpfe, um für die Menschen eine hohe Qualität der Verkehrsinfrastruktur zu gewährleisten.

Auch durch neue Triebwagen würde die Nutzung der Bahn zwischen den Städten Kiel, Flensburg und Neumünster und der Metropolregion Hamburg nun deutlich attraktiver.

„Schleswig-Holstein wird damit auch für die Berufspendler als Leistungsträger unserer Gesellschaft noch attraktiver als bisher“, so Arp abschließend.

## **Fischschutz am Pumpspeicherkraftwerk Geesthacht Roadmap wird kommende Woche festgelegt**

Auf Initiative des örtlichen Abgeordneten Markus Matthießen fand am 26. Januar 2012 ein Abstimmungsgespräch zum Fischschutz am Pumpspeicherwerk Geesthacht statt.

Ziel des Gesprächs war es neben den Abgeordneten der Arbeitskreise Umwelt und Wirtschaft auch die beteiligten Ministerien unter Leitung der Ministerin Dr. Rumpf und Minister de Jager, sowie der Firma Vattenfall in Person von Vorstandsvorsitzenden Herrn Gröbler an einen Tisch zu bekommen.

Nach Darstellung von Vattenfall sei man sich generell über den Fischschutz einig, bat aber zu bedenken, dass berücksichtigt werden müsse, was wirtschaftlich machbar sei, um einen dauerhaften Betrieb des Pumpspeicherkraftwerks sicher zu stellen. In angenehmer Gesprächsatmosphäre verständigten sich alle Teilnehmer darauf in der nächsten Woche konkrete Termine, die den Fortgang des Verfahrens sicher stellen sollen, zu verabreden.

---

## **Weitere Bildungsthemen im Landtag Bericht über selbstständige Schulen diskutiert, neues Weiterbildungsgesetz beschlossen**

Zwei weitere Themen der Bildungspolitik bestimmten die heutige Debatte. Zum einen wurde über den bereits im Newsletter der letzten Woche vorgestellten Bericht zur Eigenverantwortlichkeit von Schulen diskutiert. CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen stellte fest, die Umsetzung sei bereits weiter als erwartet werden konnte. „Meine Fraktion ist zutiefst davon überzeugt, dass die Fachleute vor Ort, die Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die Eltern und Schülerinnen und Schüler ihre Kreativität und die örtlichen Kenntnisse nutzen werden“, betonte Franzen. So seien den Schulen beispielsweise mehr Einflussmöglichkeiten bei der Personalauswahl gegeben worden.

Mit der Eigenverantwortung für den Unterricht gehe allerdings auch eine gewisse Verantwortung für die Ergebnisse einher. „Daher ist es für uns wichtig, dass es an den Schulen ein entsprechendes Qualitätsmanagement gibt, das auf interner und externer Evaluation beruht“, forderte Franzen. Der Bericht mache deutlich, welche Möglichkeiten es dazu gebe. Die CDU könne sich weitergehende, wissenschaftlich begleitete Verfahren der externen Evaluation insbesondere bei der Qualitätsentwicklung vorstellen. „Diese Verfahren müssen verpflichtender Bestandteil der Schulentwicklung sein“, so Franzen.

Abschließend forderte die Bildungsexpertin, zur Eigenverantwortung müsse auch eine gewisse Budgethoheit an den Schulen gehören. „Daran muss noch gearbeitet werden“.

Das materielle Recht der Bildungsfreistellung bleibe unverändert, stellte die CDU-Abgeordnete Marion Herdan bei der Beschlussfassung über das Weiterbildungsgesetz fest. Allerdings werde die Ermächtigung über die Anerkennung von Weiterbildungsveranstaltungen auf die Investitionsbank Schleswig-Holstein übertragen.

„Die Bearbeitung von rund 3000 Anerkennungsfällen im Jahr verursacht einen enormen Verwaltungsaufwand, der nunmehr ausgelagert wird“, stellte Herdan klar. Das Ministerium werde Kriterien für die Ausführung dieser Aufgabe sowie einen Gebührenrahmen für die Antragsverfahren vorlegen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion sei wichtig gewesen, den integrativen Ansatz von Weiterbildung noch stärker herauszuarbeiten. In Bezug auf die Regelungen zum Freistellungsanspruch oder zur Verblockung hob Herdan hervor, dass durch die Novellierung rechtliche Klarstellungen, aber keine Verschlechterungen für die Nutzer erfolgten. „Hier sollten Sie einfach bei der Wahrheit bleiben“, forderte die Bildungspolitikerin die Opposition angesichts anderslautender Behauptungen auf.

Den Bericht über selbstständige Schulen finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2100/drucksache-17-2138.pdf>

Das Weiterbildungsgesetz finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1854.pdf>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)